



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	6
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	9
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Beziehungen mit der Türkei	11
	Innenpolitische Entwicklungen	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	14

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im Mai kamen die Verhandlungen zur Lösung der Zypernfrage zum Stillstand, da sich beide Seiten nicht auf einen Fahrplan in Richtung einer erneuten Zypernkonferenz in Genf einigen konnten.

Der Monat begann mit dem zweiten von insgesamt vier geplanten Treffen um eine möglichst umfassende Einigung bezüglich innerzypriotischer Fragen zu erreichen. Dies sollte den Weg für Verhandlungen zu Sicherheits- und Garantiefragen in Genf ebnen. Nachdem die Gespräche im April wieder aufgenommen worden waren, trafen sich die beiden Verhandlungsführer, der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und sein griechisch-zypriotischer Amtskollege Nicos Anastasiades am 2. Mai. Nach dem vierstündigen Treffen erklärte Anastasiades, dass das Bleiberecht und die Freizügigkeit für alle Bürger eines vereinten Zyperns gelten würden. Dies umfasst den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit für alle Bürger. Es besteht jedoch weiterhin Uneinigkeit hinsichtlich einer Reihe relevanter Details. Während des Treffens wurden auch Fragen hinsichtlich der Teilhabe türkischer Zyprioten an einer föderalen Regierung besprochen. Laut Anastasiades gebe es in dieser Frage nach wie vor keine endgültige Einigung. Akinci bestätigte ebenfalls, dass es eine Einigung hinsichtlich des Bleiberechts gegeben habe, während es in der Frage der effektiven Teilhabe an bundestaatlichen Behörden, bei denen es zahlenmäßig kein Gleichgewicht zwischen beiden Bevölkerungsgruppen gebe, noch keine Fortschritte gemacht worden

seien. Die beiden Volksgruppenvertreter verständigten sich auf die Teilnahme an einem Treffen mit verschiedenen internationalen Organisationen zwischen dem 9. und dem 11. Mai. Das Treffen fand im Rahmen des jährlichen, von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung organisierten, Business Forums statt. Einer der Tagesordnungspunkte befasste sich mit den Finanzen nach einer möglichen Beilegung des Konflikts. Anastasiades kündigte unter anderem ein gemeinsames Treffen mit dem Generaldirektor des Dienstes zur Unterstützung von Strukturreformen der Europäischen Kommission, Maarten Verwey, an, um die Fortschritte des Ad-Hoc-Ausschusses für die Harmonisierung des türkisch-zypriotischen Teils mit geltendem europäischen Recht zu überprüfen.

In einem Interview vom 5. Mai mit der *Cyprus News Agency* in New York, erklärte der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Zypern, Espen Barth Eide, vor seinem Treffen mit Antonio Guterres, dass man notfalls über andere Optionen reden müsse, sollten die Volksgruppenvertreter in nächster Zukunft keine Lösung erreichten. Eide führte jedoch nicht aus, was er damit meinte. Laut Eide ist der UN-Generalsekretär über den Stand der Friedensgespräche besorgt und unterbereitete seinerseits bereits einige Vorschläge, um einen drohenden Abbruch der Gespräche zu verhindern. Eide scheint Akincis Anregung zu unterstützen, wonach die UN Überbrückungsvorschläge vorlegen sollte, sofern dies von beiden Seiten gewünscht werde. Die griechisch-zypriotische Seite teilt diese Ansicht jedoch nicht. Anastasiades kritisierte Eide scharf und warf

ihm vor, „Positionen einer Seite auf Kosten der Anderen“ einzunehmen.

Am 10. Mai überreichte Botschafter Kornelios Korneliou, der ständige Vertreter Zyperns bei den Vereinten Nationen, dem UN-Generalsekretär ein von Präsident Anastasiades verfasstes Schreiben. Der über drei Seiten lange Brief, enthielt ein von Eide im vergangenen September verfasstes Dokument mit 103 Problemen, welche am ersten Tag nach einer Lösung des Konflikts noch nicht gelöst sein werden. Berichten zufolge enthält das Schreiben eine kurze Bewertung der bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen. Des Weiteren soll es sich auf Vereinbarungen beziehen, die seit der Zypernkonferenz in Genf getroffen wurden, jedoch zwischenzeitlich von türkisch-zypriotischer Seite in Frage gestellt wurden. Des Weiteren bezieht sich das Schreiben auch auf türkische Forderungen, welche nach Auffassung der griechischen Zyprioten das Ziel einer tragfähigen und funktionsfähigen bizonalen und bikommunalen föderalen Lösung torpedierten. Der Brief bezog sich insbesondere auf das provokante Verhalten der Türkei, nämlich die Ausstellung des Navtex und die seismologischen 3D-Untersuchungen des türkischen Forschungsschiffs *Barbaros* in der exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) Zyperns sowie auf andere Aktivitäten, welche die Republik Zypern an der Ausübung ihrer Hoheitsrechte in der EEZ hindern sollten. Trotz der teils aggressiven Rhetorik der vorangegangenen Tage erwähnte Anastasiades, in seinem Brief, die Anschuldigungen gegenüber Eide nicht, dass der norwegische UN-Vermittler türkische Positionen übernommen habe

Am 11. Mai hielten die Volksgruppenvertreter ihr drittes Treffen ab und besprachen Governance- und territoriale Fragen. Auf ihrem vierten und letzten Treffen am 17. Mai loteten Anastasiades und Akinci eine mögliche Fortsetzung der Zypernkonferenz in Genf aus. Die beiden Volksgruppenvertreter konnten sich jedoch nicht auf das weitere Vorgehen einigen. Schlimmer noch, es wurden keine weiteren Treffen zwischen den beiden Volksgruppenvertretern vereinbart. Stattdessen wurde Eide dazu angehalten, eine Art Pendeldiplomatie zu betreiben. Während des Treffens hatte Akinci für den Juni eine neue Konferenz ohne Vorbedingungen in Genf, einen Aufschub der Bohrarbeiten in Zyperns EEZ und ein ganzheitliches Vorgehen in allen noch ausstehenden Fragen, vorgeschlagen. Um eine Lösung für diese Fragen zu finden schlug Akinci vor Kompromisse zu finden. Anastasiades, hingegen, hatte ein internationales Treffen mit offenem Ende vorgeschlagen. Auf diesem Treffen sollten zunächst Sicherheits- und Garantiefragen und danach die Gebietsanpassungen besprochen werden. Erst nach Beurteilung der Fortschritte anhand klarer zuvor festgelegter Kriterien sollten die noch bestehenden Differenzen in den anderen vier Kapiteln hinsichtlich der innerzypriotischen Aspekte des Zypernproblems (vor allem EU-Angelegenheiten, Wirtschaft, Machtteilung und Eigentumsfragen) angegangen werden. Laut Anastasiades stimme sein Vorschlag mit der auf den Treffen vom 12. Januar und 1. Februar 2017 verfassten Erklärung überein, wonach auf politischer Ebene eine neue Zypernkonferenz unter Teilnahme der Garantiemächte Großbritannien, Griechenland und Türkei einberufen werden

sollte, sobald die Verhandlungen auf technischer Ebene abgeschlossen sind. Akinci lehnte Anastasiades' Vorschlag wiederum ab und bezog sich seinerseits auf die gemeinsame Erklärung von Eroglu und Anastasiades von 2014, in der festgelegt worden war, dass alle Themen gemeinsam und nicht unabhängig voneinander verhandelt werden sollten. Kurz gesagt wurde der Vorschlag Anastasiades' von der griechisch-zypriotischen Seite als kreativ und mutig beschrieben, da er noch vor den für den Februar geplanten Wahlen eine Lösung herbeiführen könne. Auf der anderen Seite beschrieb ihn die Türkei und die türkisch-zypriotische Seite aufgrund der Vorbedingungen als inakzeptabel.

Nach dem Treffen beider Volksgruppenvertreter am 17. Mai war Eide darum bemüht eine gemeinsame Basis zwischen beiden Seiten zu finden. Nach getrennten Gesprächen mit Anastasiades und Akinci bestätigte Eide am 25. Mai, dass die unterschiedlichen Standpunkte hinsichtlich der Vorgehensweise schwer zu vereinbaren seien. Am 26. Mai beendete Eide seiner Pendeldiplomatie, nachdem weitere getrennten Treffen mit den Volksgruppenvertretern und einem gemeinsamen Treffen mit den Botschaftern der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hatten. In einer kurzen Erklärung sagte Eide, dass trotz aller Bemühungen, bedauerlicherweise, keine Einigung zwischen den beiden Verhandlungsführern hinsichtlich der Modalitäten für ein Treffen in Genf erreicht werden konnte. Ohne die Aussicht auf eine gemeinsame Basis gebe es keinen Grund für die Fortführung der Pendeldiplomatie. Anastasi-

ades legte am 26. Mai dar, dass er aufgrund der Tatsache, dass sein ursprünglicher Vorschlag von Akinci abgelehnt worden sei, einen weiteren Kompromissvorschlag vorgelegt habe. Dieser Vorschlag definiere das Ziel einer erneuten Zypernkonferenz zunächst eine umfassende Lösung in der Sicherheitsfrage oder zumindest genügend Fortschritte hinsichtlich einer solchen zu erzielen. Erst dann könnten territoriale Fragen gelöst werden. Akinci lehnte, seinerseits, sowohl den Kompromissvorschlag wie auch die Einladung zum einem gemeinsamen Treffen am 29. Mai ab.

Um die Genfer Konferenz wiederzubeleben flog Eide am 29. Mai zu einem Gespräch mit dem griechischen Außenminister Nicos Kotzias nach Athen und am 31. Mai weiter nach Ankara, zu einem Treffen mit dem Sprecher des türkischen Präsidenten, Ibrahim Kalin. Nach seinem Treffen mit Kalin bestätigte Eide, dass die Türkei bereit sei, an einer Zypernkonferenz in Genf ohne Vorbedingungen teilzunehmen und die bestehenden Sicherheitsfragen zu diskutieren. Ende des Monats lud der UN-Generalsekretär Antonio Guterres Anastasiades und Akinci für den 4. Juni zu einem Arbeitssessen nach New York ein.

Der erste Mai wurde im Rahmen einer bikommunalen Kundgebung in der Pufferzone in Nikosia gefeiert. In einer vor der Kundgebung angesetzten Pressekonferenz kritisierten die Gewerkschaftsführer beider Volksgruppen die neo-liberale Wirtschaftspolitik auf beiden Seiten der Insel in einer gemeinsamen Erklärung. Sie riefen die Arbeiter auf der Insel dazu auf, sich in Solidarität zu vereinen und gegen die Sparmaß-

nahmen, Privatisierungen und Kürzungen bei der sozialen Sicherheit zu demonstrieren. Die Gewerkschaften bekräftigten auch ihre Unterstützung für eine bikommunale, bizonale Föderation auf Basis politischer Gleichberechtigung, einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft und Souveränität. Die beiden Volksgruppenvertreter wurden außerdem aufgefordert von gegenseitigen Schuldzuweisungen abzusehen und auf eine umfassende Lösung hinzuwirken.

Die Bikommunale Friedensbewegung (Bicomunal Peace Movement), der 71 griechisch- und türkisch-zypriotische Organisationen angehören, sandte am 25. Mai ein Schreiben an Präsident Nicos Anastasiades und den türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci, in dem die beiden Politiker aufgefordert werden, die Gespräche fortzuführen. Nachdem die Verhandlungen ins Stocken geraten waren, organisierte die bikommunale Gruppe *Unite Cyprus NOW* fast jede Nacht Demonstrationen in der Nähe des Grenzüberganges in der Ledra-Straße. Eine kleine, aber engagierte Zahl von Demonstranten, nahm regelmäßig teil und wurde auch durch Eides Anwesenheit unterstützt. Am 27. Mai formte die Gruppe nahe des Grenzübergangs in der Ledra-Straße eine Menschenkette über die Pufferzone hinweg, um symbolisch die Forderung nach Wiedervereinigung zu bestärken.

Drei Vertreter des Komitees für vermisste Personen (CMP – Committee for Missing Persons) waren zwischen dem 24. April und dem 5. Mai in New York, um in den vertraulichen und in den öffentlich zugänglichen Archiven der UN der Jahre 1963-4 und 1974 nach Hinweisen auf

mögliche Grabstätten vermisster Personen zu suchen. Dies ist ein Teil größerer Bemühungen des CMP, in deren Zusammenhang die Archive von 12 Ländern und der UN sowie des Internationalen Roten Kreuzes auf Hinweise durchforstet werden. Die Vertreter des CMP besuchten auch das Hauptquartier der UN in New York und trafen dort UN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten Jeffrey Feltman und UN-Untergeneralsekretär für Friedenssicherung Jean-Pierre Lacroix, welche der CMP ihre weitere Unterstützung zusicherten. Die Vertreter der CMP legten ihre Strategie für die Jahre 2017 bis 2020 vor. Unter Einsatz neuer Technologien und neuer Informationsquellen soll die Arbeit in Zukunft schneller vorangetrieben werden.

Eine inselübergreifende Meinungsumfrage, die Ende Mai von der Tageszeitung *Cyprus Mail* veröffentlicht wurde, spiegelt die Unsicherheit bezüglich der Friedensverhandlungen zwischen den beiden Volksgruppenvertretern wider. Die Mehrheit der griechisch-zypriotischen Befragten war sich nicht sicher, wie sie in einem Referendum abstimmen würden. Ihren Angaben zufolge, würden 26% mit Ja und 29% mit Nein stimmen, während 41% angaben, dass ihre Entscheidung von den Einzelheiten der Pläne abhängen würde. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen waren gering, wobei Befragte über 55 Jahre generell etwas positiver eingestellt waren: 32% dieser Altersgruppe würde für eine Lösung stimmen. Die türkischen Zyprioten zeigten sich entschlossener und positiver. Laut Umfrage würden 48,8% für Ja und 39,5% für Nein stimmen. 10,1% waren unentschieden. Die Umfrage wollte auch die Meinung der Befragten zu den vertrauensbildenden

Maßnahmen erforschen. Griechische Zyprioten gaben an, dass die wichtigste Maßnahme das Abschalten der beleuchteten Flagge am Hang des Pentadaktylos-Gebirges wäre. 63% der DISY-, AKEL- und DIKO-Anhänger bestätigten dies. Für die türkischen Zyprioten wäre die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme, wenn die Schulen in der Republik Zypern die kürzlich vom Parlament beschlossenen Feiern zum Gedenken des Enosis-Tages am 1. April abschaffen würden. Des Weiteren sollten rassistische und nationalistische Passagen in den Schulbüchern auf beiden Seiten gestrichen werden. Außerdem befürworteten die Befragten eine stärkere Zusammenarbeit beim Brandschutz und der Bekämpfung von Waldbränden, eine auf beiden Seiten gültige Kfz-Versicherung sowie ein gemeinsames Telefonnetz.

2. Gasvorkommen

Am 18. Mai genehmigte das Kabinett den Antrag des staatlichen Gasunternehmens Natural Gas Public Company (DEFA) schnellstmöglich mit den Ausschreibungen für den Import von Erdgas zu beginnen. Laut Energieminister Yiorgos Lakkotrypīs soll die erste Ausschreibung für den Bau der notwendigen Infrastruktur und die zweite Ausschreibung für die Beschaffung des Erdgases gelten. Laut Lakkotrypīs gab es zuvor Bemühungen, alles im Rahmen eines einzigen Plans abzuschließen. Da jedoch bei der Umsetzung des Prozesses Probleme auftraten, habe man sich für zwei Ausschreibungen entschieden. Dies werde es dem Land ermöglichen, einen langfristigen Vertrag abzuschließen und gleichzeitig weitere geringe Mengen Gas ein-

zuführen, um die zusätzliche nationale Nachfrage abzudecken.

In einer Pressekonferenz erklärte der türkisch-zypriotische Wirtschafts- und Energieminister, Sunat Atun, dass die Türkei ihre Forschungsaktivitäten an Land und in den „Hoheitsgewässern“ der „TRNZ“¹ begonnen hätten. Diese Aktivitäten seien in einem Rahmenvertrag zwischen der Türkei und der Regierung der „TRNZ“ geregelt. Atun erinnerte daran, dass die Vorschläge der türkisch-zypriotischen Seite in der Gasfrage nicht in Betracht gezogen worden seien und dies nun eine Gegenmaßnahme auf Seiten der türkischen Zyprioten sei, nachdem sie von den griechischen Zyprioten ignoriert worden seien. Atun ist der Auffassung, dass die griechischen Zyprioten vor allem darauf abzielten, die Türkei auszuschließen und „die Rechte des türkisch-zypriotischen Volkes zu usurpieren.“

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der statistische Dienst Zyperns gab am 15. Mai auf seiner Internetseite bekannt, dass die Regierung im ersten Quartal 2017 einen Haus-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

haltsüberschuss von 200,9 Millionen Euro erwirtschaftet habe. Vor einem Jahr betrug der Haushaltsüberschuss noch 146,3 Millionen Euro. Die Zunahme lässt sich vor allem auf erhöhte Einnahmen zurückführen. Die jährlichen Einnahmen stiegen insgesamt um 4,9% und lagen bei 1,7 Milliarden Euro, während die Ausgaben um 1,7% zunahmen und zwischen Januar und März 2017 1,5 Milliarden Euro ausmachten.

Am 18. Mai verabschiedete das Kabinett die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für den Zeitraum 2018 bis 2020. Demnach erwartet die Regierung für 2018 Einnahmen in Höhe von 7,4 Milliarden Euro, über 3,6% mehr im Vergleich zu 2017. Die Ausgaben sollen um 2,9% zunehmen und bei knapp unter 7,4 Milliarden Euro liegen.

Nach der Kabinettsitzung, sagte Finanzminister Harris Georgiades in einer Pressekonferenz, dass die Regierung im kommenden Jahr die staatlichen Primärausgaben um 150 Millionen Euro erhöhen werde. 2016 lag der Haushaltsüberschuss bei 0,4% der Wirtschaftsleistung. Für dieses Jahr strebt die Regierung 0,2% an. Die öffentliche Verschuldung lag 2016 bei 107,8% der Wirtschaftsleistung, während sie 2015 noch bei 107,4% lag. Das Finanzministerium korrigierte die Konjunkturprognose für 2017 im April nach oben auf 2,9%.

In dem jährlichen Bericht der Zentralbank für 2016 wurde ein Wachstum von 2,8% für das Jahr 2017 vorausgesagt, während die Konjunktur in den nächsten zwei Jahren um 3% wachsen soll. Im Vergleich dazu ging der Finanzminis-

ter im April von 2,9% für 2017 und 2018 und einem langsameren Wachstum von 2,7% für 2019 aus. Nach einer anhaltenden Rezession 2015 wuchs die Wirtschaft 2016 um 2,8%. Am 22. Mai gab *Moody's Investors Service* bekannt, dass sich die jährliche Wachstumsrate von 3,3% im ersten Quartal positiv auf die Rückzahlbarkeit der faulen Kredite für die zypriotischen Banken auswirken werde, da die Kreditnehmer in der Lage seien, ihre notleidenden und umstrukturierten Kredite zurückzuzahlen.

Laut Informationen auf der Internetseite von Eurostat vom 31. Mai lag die Arbeitslosenquote im April bei 11,6%, während sie im März 2016 bei 12,3% und im April 2016 noch bei 12,9% lag. Die Arbeitslosenzahl nahm von 53.000 im März auf 50.000 im April ab, während im April 2016 wieder 54.000 Menschen ohne Arbeit waren.

Angaben des wirtschaftlichen Forschungszentrums in Zypern zufolge, nahm der Geschäftsklimaindex im Mai um 2,3 Prozentpunkte auf 118,4 zu, der höchste Stand seit Juni 2001. Dies wird vor allem auf das erhöhte Vertrauen im Dienstleistungsbereich und weniger auf den Optimismus auf Seiten des Einzelhandels und der Verbraucher zurückgeführt. Das erhöhte Vertrauen im Dienstleistungsbereich im Mai liegt in der positiven Bewertung der finanziellen Lage und der erhöhten Nachfrage auf Seiten der Unternehmen in den vergangenen drei Monaten und einer positiven Beurteilung für die kommenden drei Monate begründet.

Am 19. Mai gab Finanzminister Harris Georgiades bekannt, dass der Vorstand der *Asian Infrastructure Investment Bank* (AIIB) Zypern als

vollwertiges Mitglied akzeptiert habe. Zyperns Aufnahme durch die in Peking ansässige Bank sei politisch und finanziell äußerst bedeutsam, wie Georgiades in einer Email seines Ministeriums erklärte. Zypern sei daran interessiert, seine Verbindungen mit dem asiatischen Wirtschaftsraum zu stärken. Die Mitgliedschaft Zyperns in der AIIB erweitere den Spielraum der Wirtschaftsdiplomatie und vergrößere die Aussichten auf zusätzliche Investitionen. Die AIIB, welche Projekte in Asien und anderen Kontinenten im Rahmen der Seidenstraßen-Initiative des chinesischen Präsidenten Xi Jinping finanziert, nahm neben Zypern auch Bahrain, Samoa, Bolivien, Chile, Griechenland und Rumänien am 13. Mai als vollwertige Mitglieder.

Innenpolitische Entwicklungen

Nachdem die Verhandlungen über die Lösung des Zypernproblems festgefahren waren, beschuldigte der Vorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, Präsident Anastasiades und dessen Partei, die DISY, Zypern auf dem Altar politischen Opportunismus zu opfern und bezog sich damit auf die für Februar 2018 angesetzten Wahlen. Anastasiades erwiderte seinerseits, dass er von der AKEL, die bis vor kurzem noch die Verhandlungen zur Vereinigung standhaft unterstützt habe, enttäuscht sei, da sie sich nun scheinbar auf die Seite jener Kritiker schlugen, die Anastasiades dafür verantwortlich machten, dass sich die Gespräche in einer Sackgasse befänden.

Der ehemalige Bürgermeister von Paphos, Fidias Sarikas, wurde am 19. Mai zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, während

drei ehemalige und ein sich noch im Amt befindlicher Stadtrat Gefängnisstrafen von zwischen vier und fünfeinhalb Jahren erhielten. Sie wurden im sogenannten Sapa-Fall der Bestechung im Zusammenhang mit dem Bau der Abwasserentsorgungsanlage in Paphos für schuldig befunden. Neben Sarikas, der zwischen 1997 und 2002 das Amt des Bürgermeisters innehatte, wurden die ehemaligen Stadträte Giorgos Michaelides und Efstathios Efstathiou zu je fünfeinhalb Jahren und Vasos Vasiliou zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Der sich noch im Amt befindliche Stadtrat Giorgos Shailis bekam eine Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren.

Sarikas, welcher der EDEK angehört, wurde 2006 ins Parlament gewählt. Vor seiner Anklage im Jahr 2015 saß er der parlamentarischen Ethikkommission vor. Insgesamt lagen 61 Anklagepunkte gegen die fünf Beschuldigten vor, die Bestechung, Geldwäsche, Amtsmissbrauch und Verschwörung beinhalteten. Nachdem einige Anklagepunkte fallen gelassen worden waren, wurden Michaelides in 19, Sarikas in sechs, Efstathiou in 14, Vasiliou in sieben und Shailis in sechs Punkten für schuldig befunden. Der Fall bezieht sich auf die Aktivitäten des Vorstandes der Abwasserentsorgung in Paphos (Sapa), welche von den örtlichen Behörden in Paphos geleitet wird. Die Ermittlungen ergaben, dass private Unternehmen Angehörige der Sapa schmierten, um sich Aufträge zum Bau und Betrieb der Anlage zu sichern. Laut Anklage soll Sarikas während seiner Zeit als Bürgermeister zwischen 1999 und 2003 insgesamt 55.000 Euro erhalten haben. Das deutsche Unternehmen Awatech wollte sich somit den Auftrag zum Bau

und Betrieb der Abwasserentsorgungsanlage in Paphos sichern. Es konnte nachgewiesen werden, dass er 40.000 Euro Schmiergeld erhalten hat. Shailis wurde für den Erhalt von 27.000 Euro Schmiergeld verurteilt. Er war nach Informationen der Staatsanwaltschaft zwischen Dezember 2012 und Januar 2013 mit Vergas Teil einer Verschwörung. Im Austausch für Schmiergelder in Höhe von 27.500 Euro sollen die beiden die sofortige Bezahlung eines Bauunternehmers in die Wege geleitet haben. Michaelides soll insgesamt rund 300.000 Euro an Bestechungsgeldern von privaten Bauunternehmern im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgungsanlage in Paphos erhalten haben, während Efstathiou 110.000 Euro und Vasiliou 60.000 Euro Bestechungsgelder erhalten haben sollen.

Am 3. Mai gab Innenminister Socratis Hasikos seinen Rücktritt aus persönlichen Gründen bekannt. Seine Frau Elli Koulermou sei schwer erkrankt. Unterstaatssekretär Constantinos Petrides wurde als Nachfolger benannt. Hasikos studierte Jura, arbeitete als Anwalt und wurde im März 2013 von Anastasiades zum Innenminister berufen. Der ehemalige DISY Abgeordnete hatte zuvor den Posten des Verteidigungsministers bekleidet.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Nach Angaben der zypriotischen Statistikbehörde der Republik Zypern gingen zwischen 2012 und 2016 17.894 Stellen verloren. Des Weiteren verschwanden 29.155 Vollzeitstellen, wovon einige durch Teilzeitstellen ersetzt wurden. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger

als 12 Monate ohne Arbeit), erhöhte sich von 30,1% im Jahr 2012 auf 44,1% im Jahr 2016.

Laut einer Erhebung der Europäischen Zentralbank zum Finanz- und Konsumverhalten privater Haushalte sparen nur 19,3% regelmäßig, während der Durchschnitt in der EU bei 45,1% liegt. Die private Verschuldung ist ebenfalls eine der höchsten innerhalb der EU. 39,3% der Haushalte leihen sich Geld privat von Freunden und Familienmitgliedern, wenn das Einkommen in schwierigen Zeiten nicht ausreicht.

Der AKEL-Europaabgeordnete, Neoklis Sylikiotis, legte auf einer Pressekonferenz einen Bericht mit dem Titel „Arbeitsbedingungen und prekäre Arbeitsverhältnisse“ vor. Demnach hat Zypern den höchsten Anteil unfreiwillig eingegangener begrenzter Arbeitsverträge innerhalb der EU. Des Weiteren bringen in Deutschland und Zypern junge Menschen zwei Jahre mit Praktika zu und sind in einer Schleife von Arbeitslosigkeit-Praktikum-Arbeitslosigkeit gefangen, während die Arbeitgeber von staatlichen Zuschüssen für Praktikanten profitierten. Die Insel liegt bei der Unterbeschäftigung an erster Stelle in der EU. Der EU-Durchschnitt liegt bei 9,1%. Obwohl der Bericht nicht rechtlich verbindlich ist, soll er in den kommenden Monaten im EU-Parlament diskutiert werden.

Die Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK gaben ihrer Sorge über die Nichteinhaltung vieler Arbeitgeber hinsichtlich ihrer Beiträge für den Zentralen Urlaubsfond Ausdruck. Gleichzeitig sind die Gewerkschaften über die wachsende Zahl durch Ausnahmeregelungen befreiter Arbeitgeber beunruhigt (derzeit 35% aller

Arbeitgeber), da auf lange Sicht die Tragfähigkeit des Fonds gefährdet werde. Die Arbeitnehmerverbände schlugen eine Reihe von Maßnahmen vor, die u.a. die Neubewertung der Ausnahmeregelungen für einen Teil der Arbeitgeber und einen verbesserten Einzug der Beitragszahlungen beinhalten.

Die stetige Zunahme der Touristenzahlen resultierte in einem Fachkräftemangel im Hotelgewerbe, insbesondere bei Köchen. Es wurden Fälle berichtet, in denen Hotelbetreiber Gehaltserhöhungen anboten, um ihr Kernpersonal zu erhalten oder neues Personal von ihren Konkurrenten abzuwerben. Dies geschah zuletzt vor zwanzig Jahren.

Die Regierung und ihre Tarifpartner mit Ausnahme des Arbeitgeber- und Industrieverbandes (OEB) einigten sich über die Beitragszahlungen für das staatliche Gesundheitswesen. Demnach tragen Arbeitnehmer, Pensionäre und Rentner 2,65%, Arbeitgeber 2,9%, der Staat 4,7% und Selbstständige 4%. Die Gewerkschaften und die zypriotische Industrie- und Handelskammer (CCCI) einigten sich im Namen der Arbeitgeber auf einen höheren Arbeitnehmerbeitrag als ursprünglich vorgesehen, um weitere Verzögerungen zu vermeiden, während einzig die OEB darauf bestand, dass der Arbeitgeber und –nehmeranteil gleich hoch sein müsse und den Verhandlungstisch verließ.

Zwischen 2012 und 2016 nahm die Zahl der öffentlich Angestellten um 4.132 ab, während 1.327 permanente Stellen und 680 Stellen auf Stundenbasis im öffentlichen Dienst gestrichen wurden.

Trotz des großzügigen Anreizes in Form einer 70%igen staatlichen Förderung und einer Fristverlängerung bewarben sich nur 117 bzw. 204 junge Menschen für die beiden Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit anstatt der vom 250 bzw. 800 vom Arbeitsministerium anvisierten 250 bzw. 800. Das dritte Förderprogramm für ältere Arbeitslose über 50 war erfolgreicher: es gab 133 Bewerber für die anvisierten 100 Stellen.

Die Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate wird ab 2018 wieder eingeführt. Demnach soll die Anpassung 50% der Inflationsrate des Referenzjahres betragen. Es soll jedoch keine Anpassungen geben, sollte es in im zweiten und dritten Quartal des Vorjahres des Referenzjahres ein negatives Wachstum geben haben.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach Angaben der türkisch-zypriotischen Tageszeitung *Cyprus Today* ist eine Reihe von Unternehmen von einem möglichen Bankrott bedroht, da die Regierung ihre Rechnungen nicht rechtzeitig begleiche. Der Bericht bezieht sich auf den Präsidenten der türkisch-zypriotischen Handelskammer, der von monate-, ja sogar jahrelangem Verzug berichtet. Laut Angaben des Vorsitzenden der türkisch-zypriotischen Handwerks- und Einzelhandelskammer, Mahmut Kanber, befänden sich die privaten Unternehmen kurz vor einem totalen Zusammenbruch, welches sich auf den Rest der Bevöl-

kerung negativ auswirke. Mustafa Erk, Vorstandsmitglied der türkisch-zypriotischen Handelskammer, sagte, dass der Staat als Kunde einen beträchtlichen Marktanteil habe, dass sich die Verzögerungen bei der Begleichung von Rechnungen, jedoch, besonders negativ auf die Unternehmen auswirkten. Diese müssten außerdem teuer für Liquiditätsprobleme und zunehmende Inflation bezahlen.

Laut Berichten der *Cyprus Today* hätten die Vertreter der Tourismusbranche vor den „katastrophalen Folgen“ für die „TRNZ“ aufgrund der gestiegenen Kosten bei Flügen zu und von dem Flughafen Ercan/Tymbou zu Beginn der Urlaubssaison gewarnt. Der Transportminister sprach vor der Wettbewerbsbehörde von „Rekordpreisen“ für Flugtickets. Die Tatsache, dass zwei türkische Reiseveranstalter keine Flüge von und nach Ercan mehr anböten und die hohen Steuern seien mitverantwortlich für die ungewöhnlich hohen Preise, so der Minister.

Das Elektrizitätsunternehmen Kib-Tek schnitt 150 staatliche und halbstaatliche Behörden, u.a. sechs Ministerien, staatliche Schulen, Gerichte und Krankenhäuser, von der Stromversorgung ab und verursachte damit Arbeitsausfälle. Es gebe ausstehende Rechnungen in Höhe von fast 10 Millionen Türkischen Lira (TL) mit entsprechenden Verzugszinsen. Nach Zahlung des Betrags durch das Finanzministerium, wurde der Strom wieder geliefert und die Behörden konnten ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Beziehungen mit der Türkei

Erziehungsminister Özdemir Berova besuchte seinen türkischen Amtskollegen Akif Cagatay Kilic in Ankara. Die beiden Minister besprachen die Bedingungen, unter welchen Schulen in der „TRNZ“ an sportlichen Wettkämpfen in der Türkei teilnehmen könnten. Berova bekundete das Interesse der „TRNZ“ an der Ausführung der türkischen Schulmeisterschaften in den Bereichen Leichtathletik, Basketball und Handball und betonte, dass die „TRNZ“ über die nötige Infrastruktur verfüge.

Offizielle Vertreter der „TRNZ“ nahmen an der Einweihung von fünf Projekten teil, die vom Büro für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit der Türkei finanziert worden waren. Es handelt sich dabei um den Dorfplatz, das Kulturhaus, einen Kindergarten und einen öffentlichen Park in der Gemeinde Gecitkale (Lefkoniko).

Innenpolitische Entwicklungen

Am 4. April gab der stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch bekannt, dass die aus UBP und DP bestehende Regierungskoalition, seitdem sie im April 2016 die Regierungsgeschäfte übernahm, 7.200 türkischen Staatsbürgern die Staatsbürgerschaft der „TRNZ“ gewährt habe. Er fügte hinzu, dass, selbst wenn die Zahl auf 27.000 ansteige, dies angemessen sei, da den Menschen dieses Recht jahrelang vorenthalten worden sei. Die Opposition kritisierte das Vorgehen der Regierung als willkürlich. Der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei, der *Republican Turkish Party* (CTP), Tufan

Erhürman, forderte die Veröffentlichung der Namen derjenigen, die die Staatsbürgerschaft gewährt bekommen hatten. Aus Datenschutzgründen verweigerte die Regierung dies jedoch. Laut Erhürman würden die Namen nicht veröffentlicht, da daraus ersichtlich würde, wer die Staatsbürgerschaft schon nach fünf anstatt nach zehn Jahren mit der entsprechenden Arbeitserlaubnis erhalten habe.

Ein Aufeinandertreffen der griechisch-zypriotischen Küstenwache und dem türkischen Forschungsschiff *Barbaros*, welches seismologische Untersuchungen vornahm, führte zu Spannungen zwischen Akinci und der regierenden *National Unity Party* (UBP). Anfang Mai spielte die *Barbaros* als Reaktion auf die Warnung der griechisch-zypriotischen Küstenwache den osmanischen Janitscharen-Marsch. Akinci erwiderte darauf, dass er den Klang von Kriegstrommeln im östlichen Mittelmeer ablehne. In einer schriftlichen Erklärung erklärte der Generalsekretär der UBP, dass die Tatsache, dass Akinci den Eindruck erwecke, er halte die Türkei für die Spannungen hinsichtlich der Gasfrage für verantwortlich, die Türkei tief verletzt habe. In ähnlicher Weise erklärte Außenminister Tahsin Ertugruloglu, dass er über die Bewertung Akincis hinsichtlich der Antwort der *Barbaros* als Kriegsgetrommel geschockt sei. Niemand habe das Recht, die Türkei oder die türkisch-zypriotische Bevölkerung, welche sich stets für eine Lösung in der Zypernfrage eingesetzt hätten, als Kriegstreiber zu beschuldigen.

Nach Angaben der Ombudsfrau Emine Dizdarli werde die Religionsfreiheit in den Schulen der „TRNZ“ verletzt, da die Schüler islamischen

Pflichtunterricht ausschließlich basierend auf den Lehren der Hanefi-Schule hätten. Dizdarli begann ihre Untersuchung aufgrund einer Beschwerde der Kibris Pir Sultan Abdal Vereinigung. Die Vereinigung gab an, dass 1.800 Menschen ihre Petition unterstützten und erklärten, dass sie Kampagne fortführen würden, um die in der Verfassung festgelegten Rechte der Schüler zu sichern. Die Lehrgewerkschaften, welche die Beschwerde unterstützten, begrüßten den Bericht der Ombudsfrau.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Mitglieder der Gewerkschaft des öffentlichen Transports legten den Schulbusbetrieb für drei Tage lahm. Sie protestierten damit gegen das Versagen der Regierung, die bereits zugesagte Erhöhung der staatlichen Subventionen für den Schulbustransport. Die Fahrer und Betreiber demonstrierten auch vor dem Parlament. Die Spannungen erreichten ihren Höhepunkt, als die Polizei einen Sit-In verhindern wollte. Der Streit konzentrierte sich auf die zwischen der Regierung und den Gewerkschaften im Februar vereinbarten Subventionen und deren Erhöhung um 26.5% sowie den Angaben der Betreiber, wonach sie „unzumutbaren Kosten“ ausgesetzt seien. Die Kosten für Kfz-Steuern, Betriebsgenehmigungen, Versicherungen und Treibstoff haben sich seit der letzten Subventionserhöhung vor drei Jahren drastisch erhöht. Laut Gewerkschaft, sei sich die Regierung dessen bewusst. Der Generalsekretär des türkisch-zypriotischen Verbandes der Grundschullehrer (KTOS), Sener Elcil, unterstützte die Gewerkschaften und beschuldigte die Regierung, dass sie die „Schülerbeförderung ins

Chaos“ stürze. Die Regierung zahle die Subventionen viel zu spät und berücksichtige nicht die beträchtliche Erhöhung der Treibstoffpreise und der Lebenshaltungskosten.

Der Ärzteverband (Tip-Is) unterbrach die letzte Streikwelle im Kampf um Gehaltserhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, nachdem ein „Waffenstillstand“ mit der Regierung vereinbart worden war. Die Vorsitzende des Verbandes, Sila Usar-Incirli, warnte dass die Aktionen nur „unterbrochen, jedoch nicht beendet“ worden seien. Man werde „härtere“ Maßnahmen ergreifen, sofern sich die Regierung nicht an die Abmachungen halte. Im April hatten die Ärzte des staatlichen Krankenhauses in Nikosia bereits damit begonnen, nicht dringliche Operationen nicht durchzuführen. Der Disput zwischen den Ärzten an öffentlichen Krankenhäusern und der Regierung spitzte sich zu, als das Verfassungsgericht der Regierung eine Frist von sechs Monaten gab, um ein Verbot für Zweittätigkeiten der Ärzte im privaten Sektor durchzusetzen. Die Regierung arbeitet derzeit an Plänen, um die Gehälter der Ärzte an öffentlichen Krankenhäusern zu erhöhen. Derweil kritisierte Usar-Incirli den Vorsitzenden des Verbandes für Privatärzte scharf für dessen Aussage, dass private Kliniken während eines Streikes die Gesundheitsversorgung sicherstellen würden. Dies sei kein demokratisches Mittel, sondern breche den Streik.

Am 15. Mai streikte die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter (BES) in der Gemeinde Yeni Erenköy (Yialousa). Die Gemeinde hatte drei Monate lang keine Gehälter gezahlt. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Mustafa Yalinkaya,

sagte, dass die Mitglieder streikten, da nach wie vor kein Vorschlag zur Lösung des Problems vorliege. 117 Arbeiter sind betroffen. Laut Yalinkaya hätten alle 28 Gemeinden in der „TRNZ“ ähnliche Probleme, die Situation in Yeni Erenköy sei jedoch am schwerwiegendsten. Die Einnahmen der Gemeinde und staatliche Zuschüsse seien nicht ausreichend, um die Gehälter zu zahlen. Nach Informationen des amtierenden Bürgermeisters Mehmet Kadi erhalte die Gemeinde staatliche Zuschüsse in Höhe von 130.000 TL pro Monat, während die Gemeinde 380.000 TL an Gehältern zahlen müsse. Er wisse nicht, wie er mit dieser Situation umgehen solle. Seiner Meinung nach sei die Anzahl der städtischen Arbeiter zu groß und sollte bei maximal 70 liegen. Die restlichen 47 Stellen sollten von der Regierung übernommen werden. Der gewählte Bürgermeister trat letzten August aufgrund finanzieller Probleme der Gemeinde zurück. Er beschuldigte seinen Vorgänger, die Gemeinde in den Konkurs getrieben zu haben.

5. FES Zypern Veranstaltungen



Juni

Dienstag, 13.06.2017, 15-21 Uhr

Carnegie Europe / FES
Seminar

Non-recognition and Conflict Dynamics

Home for Cooperation - UN Bufferzone
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung

Freitag 30.06. - Sonntag 02.07.2017

IKME / BILBAN / FES
Workshop

Cyprus in Perspective

Forest Park Hotel
Platres, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung

Juli



Montag, 26.06.2017, 18-21 Uhr

Forum of Federations (Ottawa) / Centre for
Federal Studies (University of Kent) / Simfiliosis/
Diadrasis Radio Program / FES
Conference

**Building Federalism:
International Lessons and Perspectives**

Home for Cooperation - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

Sonntag, 09.07. – Freitag, 21.07.2017

ECPR/UCY/FES
Workshop

**4th International Summer School in Peace &
Conflict Studies: Co-opted Peace and the
Pursuit of Justice: Hidden Conflicts, Concealed
Violence and New Rights**

University of Cyprus,
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Samstag, 22.07. – Samstag, 29.07.2017

WINPEACE / FES
Workshop

**SUMMER YOUTH PEACE CAMP:
PEACE EDUCATION AND A CULTURE OF PEACE
AND NON-VIOLENCE**

Heraklion, Kreta

Keine öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com